

Beschluss des Landrats vom 12.01.2023

Nr. 1952

25. «Kultur- und Vereinspass» für Armutsbetroffene 2022/211; Protokoll: pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) sagt, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Es treffe leider zu, dass es im Kanton Menschen und Familien gibt, die von Armut betroffen sind, sagt **Jacqueline Wunderer** (SVP). Familien, in denen beide Elternteile arbeiten; alleinerziehende Mütter, die irgendwie versuchen, Arbeit, Haushalt und Kindererziehung unter einen Hut zu bringen; Pensionierte, die bei jedem Wetter beispielsweise Baustellensicherungen auf sich nehmen, um ihre Budgets etwas aufzubessern, weil die Kosten für lebensnotwendige Mittel wie Strom, Heizöl etc. stetig steigen. Diese Leute werden mit dem Postulat aber nicht angesprochen, was Ungerechtigkeit und Ungleichheit schafft. Viele Menschen müssen ihr Geld einteilen und Prioritäten setzen bei dem, was sie sich leisten können – dies, obwohl sie den ganzen Tag arbeiten. Im Postulat geht es vielmehr vorwiegend um Migrantinnen und Migranten. Es wird erwähnt, dass beispielsweise Vereine ein Interesse an einem solchen Pass haben könnten, um mehr Vereinsmitglieder zu generieren. Die SVP ist der Auffassung, dass ein Verein sicher nichts gegen die Aufnahme einer aktiven, hilfsbereiten Person oder eines Kinds hat. Für den Mitgliederbeitrag kann dann solidarisch, gemeinsam aufgekommen werden. Die öffentliche Hand sollte nicht beigezogen werden müssen. Ein geeignetes Mittel für die Integration von Erwachsenen ist nach wie vor die Arbeit, womit auch Geld selber verdient wird, welches den Menschen Möglichkeiten eröffnet. Auch wenn dies die linke Seite nicht immer gern hört, gibt es nach wie vor Menschen, die einfach nicht arbeiten wollen, weil sie finanziell gleich oder je nachdem bessergestellt sind als eine Familie mit geringem Einkommen, die sich einen Vereins- und Kulturpass nicht leisten kann. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Heinz Lurf (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion sei sich der im Vorstoss beschriebenen Problematik sehr bewusst. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich mehr armutsbetroffene Menschen am vielseitigen Vereins- oder Kulturleben beteiligen könnten. Die FDP ist aber der Meinung, dass es keine Kantonsaufgabe ist, all diese Möglichkeiten aufzuzeigen oder sogar selber anzubieten. Im Antrag wird auf die KulturLegi der Caritas hingewiesen. Mit dieser Karte können gemäss Homepage der Caritas in den beiden Basel bereits 255 Angebote in Anspruch genommen werden. Es gibt verschiedene Zusammenschlüsse gemeinnütziger Institutionen und Interessensgemeinschaften von Vereinen. Dort ist schon viel Knowhow vorhanden, auf dem aufgebaut werden könnte. Wichtig scheint auch, dass die bereits bestehenden Angebote besser bekannt gemacht werden. Aus den genannten Gründen lehnt die FDP-Fraktion den Vorstoss ab.

Pascale Meschberger (SP) erklärt, der Vorstoss basiere einerseits auf der Armutsstrategie – auf die alle sehr stolz sind und welcher wissenschaftliche Erkenntnis zugrunde liegen. Andererseits basiert er auf der Armutskonferenz, die vor rund 1,5 Jahren stattgefunden hat. Wenn Pascale Meschberger von Armutsbetroffenen spricht, dann meint sie nicht nur Migrantinnen und Migranten oder Sozialhilfebeziehende, sondern all jene, die nahe an der Armutsgrenze leben, wie z. B. Working-Poor. Es besteht die grosse Gefahr, dass diese Personen vereinsamen, weil sie sich zurückziehen, da sie kein Geld haben, um irgendwo teilzunehmen, und da sie sich dafür schämen. Beim Vorstoss handelt es sich um keine neue Idee; es gibt tatsächlich bereits Angebote. Diese sind einerseits aber stark ausbaufähig und andererseits ist es ein Anliegen, dass die Anspruchsberechtigten ganz einfach dazu kommen. Die Romandie nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein. Vier

Westschweizer Kantone geben die KulturLegi allen Anspruchsberechtigten ab. Die Idee ist nicht, dass der Kanton dies finanziert. Allenfalls entstehen beim Kanton etwas Kosten für die Koordination. Die Idee ist vielmehr, dass die Vereine, die Kulturhäuser oder sogar Gastronomiebetriebe mitmachen können und dadurch das Angebot bekannter wird. Der Vorstoss ist offen formuliert. Dem Kanton würde ein solches Angebot gut anstehen. Damit würde die Integration sowohl von Schweizer als auch von ausländischen Kindern gefördert, weil diese so die Möglichkeit haben, sich zu durchmischen. Integration betrifft eben nicht nur aus dem Ausland Zugewanderte, sondern auch Armutsbetroffene, die sonst ausgegrenzt werden. Gerade bei Kindern wäre eine Teilnahme in Vereinen von klein auf wichtig. Die Vereine freuen sich über Nachwuchs. Es geht auch um einen psychologischen Aspekt: Es ist unangenehm, sich zum Beispiel bei einem Fussballverein zu melden und sagen zu müssen, dass der Beitrag nicht gestemmt werden kann. Mit der KulturLegi besteht diese Problematik immer noch – aber es würde sich immerhin um einen Rabatt und nicht um ein Betteln handeln. Pascale Meschberger bittet darum, den Vorstoss zu unterstützen. Die Umsetzung, ob mit der KulturLegi gearbeitet wird oder ein eigenes Angebot geschaffen wird, wird dem Regierungsrat überlassen.

Béatrix von Sury d’Aspremont (Die Mitte) sagt, die Mitglieder der Mitte/glp-Fraktion hätten den Vorstoss genau gelesen. Die KulturLegi ist ganz klar ein Teil der Armutsstrategie. Dies hilft, die Integration zu fördern. Es soll auch nicht alles der Caritas überlassen sein. Letzthin wurde in diesem Saal über die Trennung von Kirche und Staat diskutiert und der Staat soll hier auch eine Aufgabe übernehmen. Im Vorstoss steht ganz klar, dass das Angebot für Armutsbetroffene sein soll und nicht nur für Migrantinnen und Migranten.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) führt aus, auch die Grüne/EVP-Fraktion finde dies eine gute Idee. In der Waadt wurden damit gute Erfahrungen gemacht. Die Chancengleichheit, insbesondere von Kindern, ist der Fraktion ein grosses Anliegen. Die Integration soll auf allen Ebenen gefördert werden. Dem Vorstoss wird klar zugestimmt.

://: Mit 48:25 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
